

Bildungsstreik 2009

Der Staat effektiviert die Ressource Bildung – Schüler und Studenten streiken: für ihr Ideal davon

1.

Der Staat hat seine Kritik an seinem Bildungswesen, die Ausbildung deutscher Hochschulabsolventen dauere im europäischen Vergleich zu lange, koste ihn zu viel und sei zu wenig auf die spezifischen Bedürfnisse der Arbeitswelt zugeschnitten, in die Praxis umgesetzt. Die gymnasiale Schulzeit wurde auf 8 Jahre verkürzt und dabei das Lernpensum verdichtet. Die universitäre Bildung wurde modularisiert, die Zwischenprüfung zum eigenständigen Universitätsabschluss (Bachelor) erklärt, das weitergehende, vertiefte Studium stark beschränkt und den Studenten ein Beitrag zur Finanzierung ihrer Ausbildung abverlangt, in die auch ‚die Wirtschaft‘ verstärkt einbezogen wird.

Sehr deutlich wird also klargestellt, wozu in dieser Gesellschaft Bildung da ist: Erklärermaßen soll sie kapitalistischen und öffentlichen Arbeitgebern junge und für ihren Bedarf passend qualifizierte Arbeitskräfte liefern. Insofern interessiert das Wissen als Qualifikation: vermittelt wird, was den jeweiligen Arbeitgebern dient und die Lernenden diesem Bedarf dienstbar macht. Die Vermittlung dieses Wissens ist in der Form des Leistungsvergleichs organisiert, d.h. an seiner Aneignung pro Zeit sollen sich die Lernenden unterscheiden. Bezwecktes Resultat dieser Konkurrenzveranstaltung ist die Auseinandersetzung der Schüler und Studenten in eine differenzierte Hierarchie von Bildungsabschlüssen. Die sind ihrerseits Zulassungsvoraussetzungen für die Hierarchie der Arbeitsplätze, die die Welt der Arbeitgeber zur Verfügung stellt – die ganz nebenbei die Hierarchie der Lebensverhältnisse in der Klassengesellschaft bestimmt.

Mit dem erfolgreichen Durchlaufen der schulischen Selektion ist für diejenigen, die der Aussortierung in die unangenehmen und schlecht bezahlten Berufe fürs erste entgangen sind, der Durchsetzungskampf gegen andere im Leistungsvergleich am Wissen nicht vorbei. Für die Selektion an der Universität reicht nun die erfolgreiche Aneignung von „Lernstoff“ nicht mehr aus; zu bewähren haben sich die Studenten nun daran, sich – relativ erfolgreicher als ihre Kommilitonen, versteht sich – als selbstbewusste Vertreter ihres Fachs darzustellen. Der Staat will in seiner Elite nicht Mitmacher, sondern Überzeugungstäter.

2.

Schüler und Studenten bekommen „Leistungsdruck“ zu spüren; sie erfahren, dass ihre Studienzeit mit „Verschulung, Regelstudienzeit und Dauerüberprüfung“ ungemütlicher wird – und diese Unzufriedenheit ist absolut verständlich. Bemerkenswert ist, dass sie aus ihrer Unzufriedenheit überhaupt keine Überlegungen folgen lassen, mit was für einer Veranstaltung sie es da zu tun haben, welchem Zweck also ihr Ärgernis geschuldet ist. Anstatt das Bildungswesen zu kritisieren, stellen sie sich neben die schlechte Realität des Bildungswesens und halten ihr einfach die eigene Idealvorstellung von einem guten Bildungswesen entgegen, in der sie vom real existenten alles abgezogen haben, was sie stört. Ihre Gegnerschaft zum wirklichen Bildungswesen führen sie mit dem Vorwurf, dass es höhere Werte missachte, denen Bildung eigentlich zu entsprechen hätte. Die beklagte Wirklichkeit nehmen sie nur zur Kenntnis als Abweichung von einem jahrhundertalten, von ihnen selbst so genannten Bildungs-Ideal – also von etwas, das eingestandenmaßen noch niemals irgendwann als Leitfaden für die Praxis der Bildung Gültigkeit hatte.

Wogegen die wirkliche Bildung demnach verstößt, ist „das humanistische Ideal einer zur kritischen Reflexion befähigenden, gemeinwohlorientierten Bildung“ (bildungsstreik.net), ein Ideal, welches seit jeher zum Bildungswesen dazugehört und gegen dessen

Missachtung sich nicht nur kritische Studenten, sondern auch die Organe der kritischen Öffentlichkeit wenden:

„Für Studenten heißt die neue Bologna-Wirklichkeit: „Für Studenten heißt die neue Bologna-Wirklichkeit: Neugier, Erkenntnisinteresse, selbständiges Denken – also alles, was höhere Bildung ausmacht – bleiben auf der Strecke.“ (FAZ, 19.6.09)

Mit diesem Ideal ist keinerlei Einwand gegen irgendeinen Lehrinhalt formuliert, sondern alles gebilligt, was zum Studienstoff gehört. Damit soll auch keinerlei Kritik am Zweck des Ausbildungswesens geübt sein. Dem Protest zufolge hat die Aneignung des zu erlernenden Wissenskanons so lange einen Mangel, solange er nur „auswendig gelernt“ und „nachgebetet“, anstatt selbstbewusst und überzeugt vertreten wird. Zwar geht „Denken“ sowieso nicht anders als „selbstständig“, aber das Gemeinte ist klar: Damit sich die Studenten ihr Fachwissen aktiv zueigen machen, brauchen sie Gelegenheit für „Umwege und Sackgassen“. Anstatt zum etablierten Wissenskanon geführt zu werden, sollen die Studenten selbstständig den Weg zu ihm finden. Das gehört eben zur Qualifikation des Führungspersonals, das als gesellschaftliche Elite in der Lage sein soll, am Interesse der zukünftigen Arbeitgeber die gewünschten Dienste zu verrichten: Die Aneignung von Wissen auf dieser Ebene sollte sich unbedingt mit dem Standpunkt und dem Selbstbewusstsein verbinden, das alles aus freien Stücken zu tun! Das erst macht „höhere Bildung“ aus. Wer mit diesem affirmativen Ideal nichts zu tun haben und statt dessen wirklich „kritisch sein“ und „richtig kritisieren“ möchte, dem bleibt es nicht erspart, das dann auch zu machen, anstatt einen Antrag bei der Kultusbehörde zu stellen, endlich eine Lehrereinheit „kritisches humanistisches Reflektieren“ einzurichten.

3.

Die kritischen Demonstranten, die die eigentliche, „gemeinwohlorientierte Bildung“ von „der Wirtschaft“ usurpiert sehen – an deren Zweck sie auch nichts weiter kritisieren wollen –, haben keinerlei Berührungspunkte mit den Argumenten der Kommilitonen, die „mehr Bildung“ fordern mit dem Argument, von ihr hänge die Zukunft der ganzen Nation, insbesondere der nationalen Wirtschaft, ab. Die werfen der Politik vor, vergessen zu haben, dass „Bildung unser einziger Rohstoff“ sei, machen Vorschläge, welche Posten des Staatshaushalts einer sinnvolleren Verwendung im Bildungssektor zugeführt werden sollten, und verfassen Petitionen an Politiker, in denen es heißt:

„Angesichts des herrschenden Fachkräftemangels halten wir es für äußerst kontraproduktiv, talentierte junge Menschen von einem Studium abzuhalten.“ (Petition der LandesAstenKonferenz (LAK) Bayern, studiengebuehrenbayern.de)

Diesen ideellen Ressourcenverwaltern ist es offensichtlich selbstverständlich, dass Wissen für keinen anderen Bedarf da ist als den der heimatischen kapitalistischen Wirtschaft und seiner Verwaltung. Bildung braucht es in dem Maße, wie sie dem nationalen Standort nützt! Wer diesen Standpunkt einnimmt, muss den wirklichen Ressourcenverwaltern zugestehen, dass ein gemütliches „Bummelstudium“ natürlich auch nicht nützlich, sondern „äußerst kontraproduktiv“ ist; dass die Wirtschaft nicht nur hoch qualifizierte Masters, sondern auch halb qualifizierte Bachelors brauchen kann; und dass es dem Standort nützt, wenn sich an den Kosten zur Ausbildung der Ressource ‚Fachkraft‘ auch Sponsoren und Studenten beteiligen, ist auch nicht von der Hand zu weisen. Dass die Organisation nützlicher Ausbildung für den Standort Deutschland verbessert werden könnte – sollte das alles gewesen sein, was der studentische Protest mitteilen wollte?

Aus GegenStandpunkt 3-09

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Afghanistan-Krieg

Warum Deutsche am Hindukusch töten und sterben müssen.

Das scheint dem Volk schwer zu erklären zu sein. Bei Bürgern und bei Parteien, die in Deutschland nichts zu sagen haben, ist der Krieg sehr unpopulär. Von den ganz Rechten, der NPD und den Republikanern, bis zur Partei Die Linke wird der Krieg abgelehnt und der Rückzug der deutschen Truppen gefordert; viele Wähler aller Parteien unterstützen, Umfragen zufolge, diese Forderungen.

Die Parteien, die den Staat tragen, CDU, SPD, FDP und die Grünen sehen das anders. Sie halten das militärische Auswärtsspiel für richtig und nötig und führen, wenn sie müssen, dafür auch gewisse Gründe an.

Vor Jahren hat ein Verteidigungsminister (Struck, SPD) für den Einsatz das allgemeine Etikett für den guten und gerechten Krieg beansprucht: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt!“ Kein Wunder, dass die Begründung dem Bürger gewisse Rätsel aufgibt: Zehn Flugstunden von den deutschen Landesgrenzen entfernt, beginnt da ihre Verteidigung? Oder wird, wenn Deutsche Krieg führen, grundsätzlich nur verteidigt, so dass weltweit jede lokale Landesverteidigung einheimischer Kräfte ein Angriff auf „uns“ ist?

Verteidigung soll dieser Krieg zweitens in dem Sinn sein, dass die Vernichtung von Al Kaida und den Taliban in ihrem Heimatland ziviles deutsches Leben vor radikal-islamischem Terror schützen würde. Ginge es darum, wäre die Militärexpedition unmittelbar kontraproduktiv: Deutschland und sein verwundbares Zivilleben ist erst durch den Einsatz der Bundeswehr ins Visier der Dschihadisten geraten. Ihre Besetzung afghanischer Nordprovinzen führt die Bedrohung herbei, gegen die sie angeblich schützen soll.

Erst recht misstrauisch aber macht die humanitäre und zivilisatorische Kriegsbeurteilung deutsche Patrioten: Deutschland sollte finanzielle und menschliche Opfer bringen, damit afghanische Hinterwälder in Sicherheit ihren Mohn anbauen, Frauen ihre Ganzkörperverhüllungen verlieren und Mädchen der Schulpflicht genügen? Eine derart national selbstlose Begründung für einen Waffengang erscheint den einen unglaubwürdig; bei anderen weckt sie Zweifel in die nationale Zuverlässigkeit der Berliner Führung.

Angesichts dieser Schwierigkeiten haben sich die staatstragenden Parteien verabredet, den Krieg aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Unseren Groß-Demokraten ist klar, dass sie gerade die heiklen Fragen der Nation den Bürgern nicht zur Abstimmung stellen können. In dieser Sache verzichten sie darauf, vor dem Wähler zu streiten, gegen ihm keine Gelegenheit, Alternativen zu suchen; und sie grenzen diejenigen aus dem Kreis der national verantwortlichen Parteien aus, die den Krieg im Wahlkampf dennoch thematisieren. Der Bürger hat einfach zu akzeptieren, dass dieses Töten und Sterben für Deutschland unverzichtbar ist, auch wenn man ihm den guten Sinn des Unternehmens nicht erklären kann.

Höchste Zeit, dass wir es tun.

P.S. Vor der Bundestagswahl hat die Partei Die Linke damit geworben, dass nur sie den Afghanistankrieg ablehnt und dem Wähler die Option bietet, gegen Gewalt in der Außenpolitik zu stimmen. Nach dem Wahlerfolg fordern linke Spitzenpolitiker, die Partei müsse auch zu diesem außenpolitischen Problem eine konstruktivere Stellung einnehmen und Lösungen anbieten: Ein abstraktes Nein zum Krieg sei keine Politik. Die Linkspolitiker geben ihren Gegnern aus SPD und Grünen recht: Eine Partei, auch wenn sie 12 Prozent der Wähler hinter sich hat, ist nicht „politikfähig“, solange sie die Kriege des Vaterlands nicht mitverantworten mag.

Donnerstag, 22. Oktober 2009, 20.00 Uhr

K4 im Künstlerhaus, Weißer Saal, Nürnberg, Königstraße 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Streit um die passende Namensgebung für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr:

Krieg oder nicht Krieg – das ist hier die Frage

Anlässlich des Todes dreier deutscher Soldaten – laut offizieller Statistik Nr. 33 bis 35 – treiben sich Politiker und Macher der öffentlichen Meinung einige Wochen lang in der Frage umher, ob der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan denn wohl als „Krieg“ bezeichnet werden darf. Eine einigermaßen merkwürdige Fragestellung, möchte man meinen. Denn dass die deutsche Regierung wild entschlossen ist, dem wachsenden Widerstand der Taliban nicht aus dem Weg zu gehen, die militärische Konfrontation für sich zu entscheiden und dabei keine Opfer zu scheuen – „Der Einsatz müsse trotz der Opfer weitergehen, um den Terroristen entgegenzutreten.“ (Verteidigungsminister Jung, SZ, 24.6.09) –, steht fest; und dass dieser politische Beschluss bereits in die Tat umgesetzt worden ist, die Truppe längst die Instruktionen für einen „Kampfeinsatz“ erhalten hat, ebenso: „Auch die Bundeswehr hat ihre Taktik geändert. Galt bisher die Devise ‚Durchstoßen‘, wenn eine Patrouille in brenzlige Situationen geriet, so nehmen die Soldaten jetzt den Kampf an. Dann werden schnellstmöglich zusätzliche Kräfte zur Hilfe herangeführt ... Auch Luftunterstützung durch amerikanische Kampfflugzeuge wird immer öfter angefordert.“ (SZ, 24.6.09).

Dass die deutsche Armee im Ausland unterwegs und mit Töten und Sterben beschäftigt ist, ist der selbstverständliche Ausgangspunkt einer munteren Erörterung der Gesichtspunk-

te, die bei der Namensgebung eines solchen Militär-Engagements zu berücksichtigen sind.

*

Der wirkliche Grund der Bundesregierung, ihre Beteiligung am Afghanistan-Krieg nicht beim Namen nennen zu wollen, ist so alt wie der Krieg selbst und so grundsätzlich, dass er über zwei Legislaturperioden und wechselnde Koalitionen hinweg Bestand hat:

„Am Anfang legte die damalige Bundesregierung Wert auf eine strikte Trennung der Unterstützungs- und Sicherungsaufgaben der Internationalen Schutztruppe (Isaf) vom Kampfauftrag des ‚Unternehmens Nachhaltige Freiheit‘ unter amerikanischem Befehl. Sie lehnte insbesondere eine gemeinsame Kommandostruktur für beide ab. Diese wurde dann später von der Nato mit deutscher Zustimmung aus praktischen Gründen geschaffen, weil die Lage es erzwang.“ (Rühl, FAZ, 22.7.)

Deutschland will in diesem Fall, im Unterschied zum Irak-Krieg, an der Einrichtung einer dem Westen genehmen neuen Ordnung beteiligt sein und seinen Einfluss auf diesem Schauplatz geltend machen. Dies allerdings nicht als Befehlsempfänger und Erfüllungshilfe des großen Alliierten, wie es dessen Administration vorschwebt. Man widersetzt sich zunächst dem amerikanischen Antrag auf ein gemeinsames Oberkommando der Streitkräfte

Fortsetzung Seite 3, Spalte 3 oben

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Die Vertragstheorie des Thomas Hobbes: Pack schlägt sich – Pack verträgt sich

„Nach der Fiktion des Naturzustandes wird er um der Übel willen, die er mit sich führt, verlassen, was nichts anderes heißt als: es wird vorausgesetzt, wohin man gelangen will ...“ (Hegel)

I. Das „Erkenntnisinteresse“

Als wollte er gleich von vorneherein alle Sekundärliteraturschreiber Lügen strafen, die seine Theorie als „Ausdruck seiner Zeit“ verständnisvoll einordnen, hat Thomas Hobbes in aller Deutlichkeit aufgeschrieben, was für Schlussfolgerungen er aus „seiner Zeit“ gezogen hat. „Wenn der Krieg mit den Schwertern und der Krieg mit den Federn kein Ende nimmt ... so (ist) dies ein deutliches Zeichen, dass die bisherigen Schriften der Moralphilosophen zur Erkenntnis der Wahrheit nichts beigetragen haben.“ „Wenn die Verhältnisse der menschlichen Handlungen mit Gewissheit erkannt worden wären ..., so würden Ehrgeiz und Habgier gefahrlos werden, da ihre Macht sich nur auf die falschen Ansichten der Menge über Recht und Unrecht stützt ...“ (De cive, Widmung). Es herrscht Bürgerkrieg, und Hobbes' Diagnose ist so beschaffen, dass überhaupt nur seine Therapie dafür in Frage kommt: Der Krieg beweist ihm die Unzulänglichkeit der Staatstheorie. Deren Wahrheit hat ihr Kriterium im Frieden. Wenn Wahrheit Ehrgeiz, Habgier und falsche Ansichten tilgen soll, die angeblich am Krieg schuld sind – meint er umgekehrt mit ‚Falschheit‘ nichts Theoretisches: Sie besteht darin, den Frieden zu stören. Das tun besagte ‚Ansichten‘ schlicht dadurch, dass sie sich überhaupt ein privates Urteil über ‚Recht und Unrecht‘ anmaßen: „... niemand (hat) über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit, über die Güte oder Schlechtigkeit möglicher Handlungen Untersuchungen anzustellen, als die, denen der Staat die Auslegung seiner Gesetze übertragen hat. Damit würde sicherlich nicht bloß die königliche Strafe zum Frieden, sondern zugleich auch die dunkeln und düstern Seitenwege zum Aufruhr klargelegt werden ...“ (ebd.) Damit ist einerseits klar, dass die Sicherheit, die Hobbes um des Friedens willen stiften möchte, keine theoretische ist. Das Bemühen um den Frieden fällt zusammen mit dem Bemühen, „die bürgerliche Gewalt zu fördern“ (Leviathan, S.3). Andererseits leistet er sich den Widerspruch, eben dieses von ihm vorneweg als notwendig postulierte Resultat seiner Analyse – nur als absolute kann die Souveränität des Staats existieren – theoretisch ableiten zu wollen.

II. Das „Menschenbild“

Im Gegensatz zur religiösen Legitimation der feudalen Herrschaft als einer von „Gottes Gnaden“ konstruiert Hobbes ein Staatsmodell gemäß der Beschaffenheit von dessen „Elementen“, den Menschen. Ausgerechnet das hat ihm das Etikett „empirische Staatswissenschaft“ eingetragen, sehr zu „Unrecht“. Einfach die ‚Erfahrung‘ des Kampfs zwischen Cromwell und Charles I. um die Staatsgewalt zum Ausgangspunkt genommen, hätten sich ja wohl andere Schlüsse ‚ergeben‘ als ausgerechnet der, der Mensch kämpfe mit sich und bräuchte deshalb dringend einen Staat. Hobbes konstruiert sich seinen Menschen entsprechend diesem Beweisziel. Erstens soll er als wesentliche Bestimmung an sich haben, ein „bewegter Körper“ zu sein, und als bloßes Naturwesen keinen freien Willen haben – „Begehren oder Abneigung (wird) von den gewünschten und verabscheuten Dingen selbst hervorgebracht“ (de homine, 21). Der Wille wird zum Produkt der äußeren Natur erklärt, so gelehrt und zugleich unterstellt: Gemäß seiner (Bewegungs-)Natur strebt der Mensch nach allem, was ihm nutzt und vermeidet alles, was ihm schadet. Ausgerechnet daraus soll sich ein Gegensatz der Menschen ergeben, der sie dazu nötigt, einen „Krieg aller gegen alle“ zu führen. Hobbes führt dafür folgende Begründung an. „Sooft daher zwei ein und dasselbe wünschen, dessen sie aber beide nicht zugleich teilhaftig werden können,

so wird einer des anderen Feind, und um das gesetzte Ziel, welches mit der Selbsterhaltung immer verbunden ist, zu erreichen, werden beide danach trachten, sich den anderen entweder unterwürfig zu machen oder ihn zu töten.“ (Leviathan, 154) Es mag ja sein, dass um die gewünschte Sache Streit entbrennt. Allerdings verweist das auf die Mittel der Bedürfnisbefriedigung und nicht auf einen grundsätzlichen Gegensatz der Bedürfnisse. Das Bedürfnis selber ist ja gar nicht so beschaffen, dass es zum Ziel hätte, dem anderen etwas streitig zu machen – es hat sein Maß sowohl qualitativ wie quantitativ in sich – sonst gäbe es gar keine Bedürfnisbefriedigung. Wenn es wie hier zum Streit kommt, dann liegt es daran, dass dieses unstrittene Gut nicht in genügender Anzahl produziert wurde; die Konsequenz, Mord und Totschlag, ist also auch alles andere als selbstverständlich. Aber gerade auf diesem grundsätzlichen Gegensatz der Leute will Hobbes augenscheinlich beharren und spinnt den Gedanken weiter: „Bei dieser großen Furcht, welche die Menschen allgemein gegeneinander hegen, können sie sich nicht besser sichern, als dadurch, dass einer dem anderen zuvorkommt und solange fortfährt, durch List und Gewalt sich alle anderen zu unterwerfen, als noch andere da sind, vor denen er sich zu fürchten hat.“ (ebd. 114) Schon geht es gar nicht mehr um bestimmte Engpässe der Bedürfnisbefriedigung, sondern jeder sieht sich mit dem mordenden Nachbarn konfrontiert und mordet prophylaktisch selber. Ziemlich absurd ist diese Konstruktion schon, vor allem da Hobbes sie aus dem Bedürfnis nach Selbsterhaltung abgeleitet haben will – von der bleibt jedenfalls nicht viel übrig. Um seiner Idee etwas mehr Plausibilität zu verleihen, verweist er wechselweise auf Kain und Abel, verfeindete amerikanische Familien und seine Zeitgenossen, die Türen und Schränke verschließen, wenn sie sich schlafen legen. Der Verweis auf das Faktum der Gewalt belegt nun in keinsten Weise die Schlussfolgerung, die Hobbes damit nahelegen möchte, dieses begründe sich aus der Natur des Menschen. Dass es Gewalt gibt, ist gerade keinerlei Auskunft darüber, woran das liegt. So lässt Hobbes dann auch den Schein gänzlich fallen, seine Überzeugung, der Mensch sei von Natur aus schlecht, hinge an irgendwelchen Gründen, die er dafür gefunden hätte. „Wenn der Mensch aber Muße und Vermögen im Überfluss hat, ist er am unleidlichsten“ (ebd. 154), oder „Die Natur hat den Menschen zu ungesellig gemacht und sogar einen zu des anderen Mörder bestimmt.“ (ebd. 116) So qua Natur zum Bösen getrieben, treibt es ihn jetzt auch noch zur Vernunft. „Die Leidenschaften, die die Menschen zum Frieden unter sich geneigt machen können, sind die Furcht überhaupt und insbesondere die Furcht vor einem gewaltsamen Tod; ferner das Verlangen nach den zu einem glücklichen Leben erforderlichen Dingen und endlich die Hoffnung, sich diese durch Anstrengung wirklich zu verschaffen.“ (ebd. 118) Es stimmt ja, dass nach dem Hobbes'schen Mord und Totschlag niemand mehr am Leben bleibt und Güterproduktion schon gar nicht mehr stattfindet. Bloß wieso sollte das seinen Menschen irritieren, der doch gerade aus Gründen der Selbsterhaltung auf diese Mittel verfallen ist? Der Trick der Argumentation besteht darin, dem Menschen zunächst den Krieg als notwendiges Mittel seines Materialismus anzudichten, um dann aus der Konsequenz – dabei fällt der Materialismus unter den Tisch – das genau entgegengesetzte Bedürfnis nach Frieden hervorzuzaubern. Wenn allerdings der Krieg seinem Materialismus widerspricht, kann er nicht wegen ihm notwendig gewesen sein; umgekehrt, wenn die Leute schon von Natur aus das Bedürfnis zu töten haben sollen, wieso sollte es sie dann stören, dass dabei ihr Materialismus auf der Strecke bleibt. Den Willen zugleich als mordlüstern und vor der Konsequenz zurückschreckend zu behaupten, geht eben nicht.

III. Der „Herrschaftsvertrag“

Warum sich Hobbes den Menschen so konstruiert, ist allerdings auch kein Rätsel, möchte er doch aus ihm das Interesse an einer Staatsgewalt ableiten, die ihn maßregelt und zugleich in seinem Interesse begründet ist. Dieses Anliegen hat den Widerspruch an sich, dass Staatsgewalt ja gerade besagt, dass sie sich nicht vom Interesse und der Einsicht der Bürger abhängig macht, sonst wäre Gewalt überflüssig. Entsprechend widersprüchlich sieht auch das Bedürfnis der Hobbes'schen Menschen nach einer Staatsgewalt aus. Es entsteht das „Verlangen, sich selbst zu erhalten, ... aus dem elenden Zustand des Krieges aller gegen alle gerettet zu werden.“ (ebd. 151) „Die Vernunft liefert uns einige zum Frieden führende Grundsätze ...“ (ebd. 118) Was ihn zum Bösen treibt, treibt ihn dann auch wieder zum Guten! Dieser Widerspruch ist jetzt unbedingt fällig, denn ohne ‚Vernunft‘ mit dem Inhalt ‚ein Staat muss her, um mich zu zähmen‘ einigen sich die Hobbes'schen Menschen ja nie – schon gar nicht darauf, einen Staat „per Vertrag“ gründen zu wollen. Denn an seine höchst vernünftigen Grundsätze soll er selbst nicht in der Lage sein, sich zu halten; deswegen schafft er sich eine staatliche Instanz, die ihn dann per Gewalt genau dazu zwingt, woran ihn sein böses Ich immer hindert.

IV. Der „Leviathan“

Damit ist aber noch lange nicht Friede, Freude, Eierkuchen ausgebrochen: Wenn sie alle ‚vernünftig‘ wären, ergäbe sich ja wieder die Notwendigkeit der absoluten Gewalt nicht! Hobbes konzediert also „ein bisschen Frie-

den“ und ‚Vernunft‘, die gerade zum Vertragsschluss hinreicht, um sie dann sofort wieder zu dementieren. Die Vertragsschließer bleiben Wölfe, die sie sind: „Was Wunder also, wenn bei diesen (Menschen) für die beständige Dauer der Eintracht außer den Verträgen noch etwas mehr erforderlich ist, nämlich eine allgemeine Macht, die jeder einzelne fürchtet.“ (ebd. 154) „Verträge sind nur Worte und haben keinerlei Kraft, die Menschen zu verpflichten, ... es sei denn, sie stützen sich auf das öffentliche Schwert.“ Freundlicherweise schreibt Hobbes den Zirkel seines Vertragsgedankens auch noch explizit auf: Dieser Vertrag ist nur möglich, wenn die Gewalt, die aus ihm entstehen soll, jeden dazu zwingt, sich an den Vertrag zu halten, also vorher schon existiert. Auf Widersprüche darf's nicht ankommen, wo auf Teufel komm' raus die Willensaufgabe der Bürger als ihr Willensakt legitimiert werden soll. Ein dem Staat entgegenstehender Wille wird mit dem Abschluss des Herrschaftsvertrags = Unterwerfungsvertrags von Hobbes zur logischen Unmöglichkeit erklärt: Er ist ihr politischer Wille „... und was dieser (der Bürger) gegen die höchste Gewalt unternimmt, unternimmt er gegen sich selbst.“ (Leviathan, 197) Es ist fast wie im modernen Rechtsstaat: Die Betätigung des Willens ist erlaubt, soweit es den Staat nicht tangiert. Auf die freiwillige Unterwerfung mochte Hobbes nicht vertrauen. Das sieht ihm die demokratische Rechtsphilosophenzunft gerne nach, bestreitet sie doch mit den Einsichten aus II. und III. mehr oder weniger ihre wichtigste Abteilung: Legitimation von Herrschaft.

Was ist Philosophie?

Die Weisheit, die der Philosoph so liebt, besteht eigentümlicherweise in einer Vorschrift an das Denken: „Man muss alles hinterfragen.“ Er bekennt sich mit dieser Vorschrift zu der Grundeinsicht, dass die Wirklichkeit nur der unbedeutende Vordergrund ist, hinter dem sich das Wesentliche verbirgt, und damit zu einem Verfahren der Erklärung, das die Abstraktion von der Wirklichkeit zur Voraussetzung dafür macht, deren Gründe – die „eigentlichen“, versteht sich – zur Sprache zu bringen. Kein Wunder, dass der Philosoph über alles Bescheid weiß: Mit seiner Abstraktionskunst hat er sich freie Hand geschaffen für die idealistische Deutung der Wirklichkeit. Das hat der Philosophie den Ruf einer besonders gründlichen, bis ins Weltferne gehenden Wissenschaft eingebracht. Man kann das auch so sagen: Dummheit passt zu diesem Geschäft; Wissen hingegen kann nur stören. Trifft ein Philosoph auf jemanden, der etwas weiß, so belehrt er ihn, dass dies gar nicht möglich ist. Stolz hält er ihm entgegen: „Ich weiß, dass ich nichts weiß.“ Dass er es noch nicht einmal beherrscht, die Konstatierung seines trostlosen Geisteszustandes in eine widerspruchsfreie Form zu bringen, liegt daran, dass mit dieser Feststellung sein Gegenpart gemeint ist: Der hat die gehörige Skepsis gegen seine Urteilskraft vermissen lassen. Seinem eigenen Verstand, den er dazu anstrengt, die Unmöglichkeit, etwas wissen zu können, zu beweisen, vertraut der Philosoph durchaus. So wird vom Philosophen, ohne dass er sich der Anstrengung zu unterwerfen hätte, die Fehlerhaftigkeit eines einzigen Gedankens zu kritisieren, und damit grundlos, der Anspruch auf Wissen ganz prinzipiell bestritten. Sich nach seinem Verstand zu richten, gehört sich nämlich in den Augen des Philosophen nicht; Glauben hält er für die angemessenste Stellung zur Welt – und dafür ist dann auch wieder vom Verstand Gebrauch zu machen. Den Verstand schickt der Philosoph nämlich auf Sinnsuche. Dass es um das „Gute, Wahre und Schöne“ geht, darüber besteht für ihn eh kein Zweifel; und wo diese Klarheit besteht, da wird die Sinnsuche in der Welt auch fündig. Nichts, was sich nicht mit einem guten Grund versehen ließe; ein Verfahren, das das Missverständnis, dem Philosophen ginge es um Gründe von diesem und jenem, gar nicht mehr aufkommen lässt: Es geht ihre um Gründe, die das Einverständnis mit der Welt vernünftig erscheinen lassen. In der Kategorie des Sinns spricht er seine affirmative Stellung zur Welt als Eigenschaft der Welt aus, und wo er zu dem Urteil gelangt, dass in

der Welt alles „sinnlos“ ist, formuliert er den untätigen Wunsch, mit der Welt einverstanden sein zu können. Wenn ihm dieses Anliegen versagt wird, wird er kritisch. Lauter Verstöße gegen jenen idealen Gesichtspunkt, den er der Welt zugrunde gelegt hat, befürchtet er, und so gelten seine Überlegungen der Sorge, ob sich die Menschen auch angemessen nach ihm richten. Kein Urteil kommt mehr über seine Lippen, in dem nicht die Modalverben – können, dürfen, sollen, müssen – eine entscheidende Rolle spielen, weil er im Namen der hohen Ideen in den Kategorien von Pflicht & Erlaubnis denkt. Er kann die Leute einfach nicht mehr in Ruhe lassen. Noch die gewöhnlichste Verrichtung ist ihm Anlass für ein moralisches Urteil. Dürfen die das? fragt er sich; und da sich im Namen der hohen Ideale so ziemlich alles rechtfertigen und verurteilen lässt, verdankt sich seine konkrete Antwort auf diese Frage auch nicht der Logik dieses Arguments, sondern den Konjunkturen des Zeitgeistes: Kriegsdienstverweigerer ist heute jedenfalls vor dem Maßstab des Guten kaum noch zu verantworten, dafür lässt sich mittels Bergpredigt und Spinoza lässig „unsere“ Wehrhaftigkeit für demokratische Freiheiten begründen. Aber der Mensch hält sich einfach nicht an die Vorschriften, die der Philosoph ihm anempfiehlt. So gehört neben dem Lob der Knechtsnatur des Menschen ein gerüttelt Maß an Menschenverachtung zum Handwerkszeug des Philosophen: Der Mensch braucht einfach eine Herrschaft über sich, die ihn zum Anstand zwingt. Das ist vernünftig; wenigstens für „uns“ Menschen, von denen sich der Philosoph ausnimmt, wenn er seinen Geist mit der Macht identifiziert.

Lesetipp:

Wer sich ausführlich mit den Theoriegebäuden der Philosophie auseinandersetzen möchte, dem seien die Hefte 2 und 3 der SG und die Broschüre „Kritik der ‚Kritischen Theorie‘“ des GegenStandpunkt Verlags empfohlen. Die SG Hefte sind kostenlos bei der SHG erhältlich, die Broschüre kann für EUR 5,- bei der SHG oder direkt bestellt werden bei: GegenStandpunkt Verlagsgesellschaft mbH, Augustenstraße 24, 80333 München, Tel.: 0 89/2 72 16 04, Fax: -16 05, E-Mail: gegenstandspunkt@t-online.de

**Sozialistische Hochschulgruppe
Erlangen-Nürnberg (SHG)**
c/o Studierendenvertretung, Turnstr. 7,
Erlangen
www.sozialistichegruppe.de
E.i.S.: V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

Warum wir „Demokratie“ für keinen Ehrentitel halten

Anlässlich der verkehrten Kritik an den Feierlichkeiten zum sechzigjährigen Nato-Jubiläum haben wir in der SHZ 48 ein Flugblatt abgedruckt, das sich mit den Argumenten der Nato-Gegner auseinandersetzt. Hierzu gibt es den folgenden Leserbrief:

Ich habe eine kleine Kritik: Ich möchte entschieden widersprechen, die westlichen Staaten als Demokratie zu bezeichnen. Demokratie heißt Volksherrschaft. Bei uns herrscht aber nicht das Volk. Die wirtschaftlich Mächtigen haben nämlich den entscheidenden Einfluss auf politische Entscheidungen. Dies geschieht z. B. über personale Verflechtungen (z. B. Aufsichtsratsposten, Wechsel zwischen wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen, Bezahlung von Beamten und Abgeordnete durch Konzerne). Wirtschaftsverbände erarbeiten Gesetze und Argumentationen. Weiterhin werden Berateraktivitäten, klassische Lobbyarbeit, Einfluss über die Medien und legale und illegale Parteispendingen genutzt. Hinzu kommt noch Kapital-Steuerflucht/-hinterziehung, was zur Finanznot des Staates führt. Wir leben somit nicht in einer Demokratie, sondern in einem von der Großwirtschaft beherrschten parlamentarischen System.

Die Antwort:

Du hältst uns mit Deiner „kleinen Kritik“ vor, dass wir unsererseits eine Kritik an den westlichen Demokratien verpassen würden, die man Deiner Ansicht nach unbedingt zu üben hätte: wir würden ihnen unwidersprochen und unkritisch einen Ehrentitel lassen – Demokratie –, der ihnen, wie Du meinst, keinesfalls zusteht. Den Vorwurf, gegenüber den hiesigen „Volksherrschaften“ unkritisch zu sein, können wir Dir postwendend zurückreichen: Wir halten nämlich gar nichts davon – und halten es auch nicht für besonders kritisch –, der offenbar auch bei Dir hoch angesehenen Art der demokratischen Herrschaftsausübung dann, wenn man wieder einmal die Anstandsregeln guten Regierens verletzt glaubt, mit dem erfundenen Maßstab einer *eigentlichen* Demokratie zu kommen; und dann, ohne sich um den wirklichen Gang der Dinge und seine kritikwürdigen Gründe und Zwecke zu kümmern, allerlei *Abweichungen* von diesem *schönen Ideal* zu beklagen. Weil es so ungefähr das Gegenteil von Kritik ist, die Herrschaft mit den von ihr selbst in die Welt gesetzten und gepflegten Idealen zu konfrontieren, taugen Deine Einwände gegen die real existierende Demokratie auch nichts, auch wenn sie ein wenig radikal und grundsätzlich daherkommen:

Was willst Du denn eigentlich an der Unternehmerlobby kritisieren? Die Sache, also das *Interesse* der Unternehmer, das die Wirtschaftsverbände vertreten? Hast Du daran irgendeine Kritik? Hast Du an den Konsequenzen etwas auszusetzen, die diese Interessen für viele Leute haben, wenn die „*Großwirtschaft*“ sie druckvoll verfolgt? Oder stört Dich an ihrer Größe nur die demokratische Ungehörigkeit ihres Einflusses auf die Politik, in die sich die „*wirtschaftlich Mächtigen*“ Deiner Meinung nach immer so unberechtigt einmischen? Und was willst Du an den politischen Verhältnissen kritisieren: Den Parlamentarismus? Oder willst Du ihn gegen die Korruption der Parlamentarier verteidigen? Hast Du etwas gegen die Verwendung der Steuereinnahmen? Oder plädiert Du für pflichtgemäße Abgabenzahlung statt Steuerhinterziehung? Kannst Du den Inhalt der Gesetze nicht leiden oder die dunklen Mächtschaften bei der Gesetzgebung? Bist Du nun gegen die Vorhaben der Politik oder beklagst Du das mangelnde Funktionieren der Politik und die Gefährdung ihres Erfolges durch *politikfremde* Einflüsse?

Du beklagst die Parteilichkeit des Staates für die Interessen der Wirtschaft. Du gehst weiter davon aus, dass diese Parteilichkeit keine Ausnahme, sondern eine Regel ist, die alle „*westlichen Staaten*“ charakterisiert. Aber einen Schluss auf das politische Programm dieser Staaten, das diesen Zustand erklärt, willst Du nicht ziehen. Stattdessen gehst Du unverdrossen davon aus, dass die „*politischen Entscheidungen*“ eigentlich einen ganz anderen und viel besseren Inhalt haben könnten und haben müssten als den, den sie – wie Du ja selbst konstatiert und beklagt – nun einmal haben. So hochachtungsvoll und konstruktiv

kann man über die Praxis der Staatsgewalt reden, wenn man unbekümmert um ihre wirklichen Gründe eisen daran festhält, dass sie ihrem Beruf nach nur menschenfreundlichen Zwecken zu dienen hätte. Dementsprechend setzt Dein Erklärungsbedarf bei der Frage ein, was die Staaten daran *hindert*, das zu tun, was sie eben gerade *nicht* tun, nach Deiner Auffassung aber *eigentlich* tun sollten. Die schlichte Frage, warum Staaten das tun, was sie tun, hältst Du offenbar für eher uninteressant. Mit der Frage, was die Staatsmänner so alles *hindert* an der pflichtgemäßen Verwirklichung des Wahren, Guten und Schönen, bist Du hoffnungslos auf dem falschen Gleis. Alles, was Dir als Antwort auf diese Frage einfällt, hat nicht den Charakter einer Erklärung, sondern des idealistischen Nachmessens von Abweichungen, Verfehlungen und Pflichtverletzungen gegenüber dem, was man von einer politisch korrekten Obrigkeit in einer echten Demokratie erwarten könnte. So, ganz negativ, damit was es gemessen am ideell politischen Richtigen *nicht* ist, „erklärt“ Du Dir Lobby-Einfluss, Korruption, ungerechte Begünstigung oder auch die Sache mit den „*personalen Verflechtungen*“ zwischen „*wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen*“: Merkst Du nicht, dass die *personalen* Verflechtungen darauf beruhen, dass die Interessen von Staat und Unternehmern auch *sachlich* miteinander verflochten sind? Ist Dir noch nicht aufgefallen, dass an „der Wirtschaft“ und ihrem Wachstum unstrittig und „alternativlos“ das Wohl, also die Weltgeltung der Nation hängt? Und dass deswegen die Herren dieser Wirtschaft und die der Politik so viel Wichtiges miteinander zu tun haben? Was Deine Parteinahme für das Volk betrifft, dessen Herrschaft Du vermisst: Du machst Dich stark für eine politische Rolle dieses feinen Kollektivs, die ihm Deiner Meinung nach zu Unrecht vorenthalten wird, ohne dabei das Volk wie es geht und steht und die Rolle, die es wirklich spielt, in dem von Dir so geschätzten Herrschaftssystem überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Diesen Idealismus halten wir für *extra unkritisch* – gegenüber dem Volk und der Herrschaft.

Weißt Du überhaupt, was ein Volk ist? Du stellst dir darunter eine Masse kleiner Leute vor, die in ihrem Leben nur ein bisschen Spaß haben und in Frieden ihre Kinder großziehen wollen. Mit dem real existierenden Volk hat das nichts zu tun. Das Volk ist ein Ensemble von wüsten Gegensätzen, die von seiner rechtmäßigen, rechts- und sozialstaatlichen Obrigkeit straff durchorganisiert werden. Widersprüchlich sind nicht nur die Interessen von Eigentümern und Nichteigentümern, Käufern und Verkäufern, Arbeitern und Unternehmern. Widerstreitend sind die Interessen der Volksgenossen auch da, wo sie das Gleiche wollen, also nach marktwirtschaftlicher Logik Konkurrenten sind. Selbst die unschuldigsten natürlichen Unterschiede von jung und alt, gesund und krank verwandeln sich unter sozialstaatlicher Regie in entgegengesetzte Positionen, die sich mit erbitterter Missgunst bedenken. Alle Konflikte sind penibel geregelt: Eine gewaltige Gesetzgebungsmaschinerie kümmert sich um nichts anderes als darum, die eingerichteten Gegensätze zwischen den Volksteilen haltbar und für den Fortschritt der Nation fruchtbar zu machen. Jedes erlaubte Mittel zu ihrer sozialverträglichen Austragung ist in seiner Eigenart und Reichweite definiert; alle schönen und weniger schönen Konsequenzen der Interessenkollisionen werden bedacht, sind bereits vorweggenommen und gesetzlich geregelt oder werden nachsorgend betreut. Diese Aufsicht über die Konkurrenz ist die Dienstleistung des Staates, nach der die Konkurrenten als ihrem unverzichtbaren Lebensmittel verlangen. Der *gemeinsame Wille* zur *Unterordnung* unter die staatliche Herrschaft stiftet überhaupt erst die Gemeinsamkeit, die eine Bevölkerung zu einem Volk werden lässt: zu einem politischen Kollektiv von Konkurrenten, die ihre Gegensätze um die paradoxe Bereitschaft ergänzen, von diesen Ge-

gensätzen abzusehen, weil sie deren staatlich organisierten Fortgang als ihre elementare Existenzbedingung nehmen. Als geordnete Masse ist das Volk *Produkt, Basis und Werkzeug* der staatlichen Herrschaft und hat keinen anderen Willen als den zur Unterordnung unter die staatliche Gewalt. In Ausübung dieses Willens bestellt das Volk deren Agenten in demokratischen Wahlen und fordert dafür in al-

„KRIEG ODER NICHT KRIEG“ ... Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

te, legt Wert auf die Betonung, dass ein Nato-Mandat etwas ganz anderes ist als die amerikanische Operation „*enduring freedom*“, macht gegenüber jeder Forderung nach Truppen und Militärgerät seinen „Souveränitätsvorbehalt“ geltend und setzt lauter eigene Bedingungen für den deutschen Kriegsbeitrag. Der konzentriert sich auf die Besetzung und Sicherung des afghanischen Nordens und wird in unablässig betonter Absetzung von der amerikanischen Vormacht und ihrer Kriegsführung als reine, militärisch abgesicherte Aufbauhilfe definiert.

Die Entwicklung der Kämpfe hat aber im Lauf der Jahre dieser schönen Unterscheidung die Grundlage entzogen: Während zunächst die US-Streitmacht mit ihren verbündeten Truppen bei ihrer Jagd auf die Taliban das Land in Schutt und Asche legt, das deutsche Militär dagegen in seiner vergleichsweise ruhigen Besatzungszone quasi Polizeiaufgaben ausübt, eskaliert der Krieg nach und nach, und die deutschen Truppen werden zunehmend in Kämpfe verwickelt.

Einen Anlass, von ihren alten Sprachregelungen Abschied zu nehmen, sieht die deutsche Regierung darin – bislang – nicht. Schon gleich nicht so kurz vor der Bundestagswahl. Im Gegenteil: Das leicht paradoxe Bemühen um eine Distanzierung von dem Krieg, den man dermaßen zur nationalen Sache gemacht hat, dass bereits der nächste Zehn-Jahres-Einsatzplan vorliegt, treibt seine Blüten:

– Würde Deutschland Krieg führen, wäre die eigene Militärpräsenz in Afghanistan als Besatzung zu bezeichnen – aber das kann unmöglich sein:

„*Verteidigungsminister Jung vermied diesen Begriff, weil das kein Krieg ist. Das wäre falsch, das so zu formulieren, sagte Jung. Er verwies darauf, dass Deutschland nicht als ‚Besitzer‘ in Afghanistan sei.*“ (FAZ, 25.6.) „*Man befinde sich mit Afghanistan nicht im Krieg, sondern kooperiere mit der legitimen Regierung.*“ (Ministeriumssprecher, SZ, 25.6.)

Deutschland leistet gewissermaßen nur Amtshilfe zu Gunsten der afghanischen Regierung, die – im Unterschied zur Vorgängerregierung, die mit einem Bombenhagel der Nato-Vormacht in einem Akt der ‚Selbstverteidigung‘ gerechterweise aus dem Amt gejagt werden musste – echte Legitimität für sich beanspruchen kann – jedenfalls bei ihren mächtigen Geburtshelfern und Paten. Bedauerlicherweise ist diese Auffassung im Land außerhalb des Kabuler Präsidentenpalastes nicht sehr populär, weswegen die Interventionsmächte quasi gar nicht umhin kommen, der von ihnen legitimierten Regierung unter Beachtung völkerrechtlicher Grundsätze militärisch zur Kommandogewalt über das Land zu verhelfen und deren Gegnern den Garaus zu machen.

– Vom Krieg als Krieg zu sprechen, käme glatt einer Geringschätzung des wichtigsten Kriegszieles gleich:

„*Es gehe um den zivilen Aufbau, um ‚vernetzte Sicherheit‘. Das Wort ‚Krieg‘ setze da einen völlig falschen Akzent.*“ (Jung, Spiegel, 29.6.)

Mit der Erledigung des Gegners ist die Mission längst nicht beendet. Gelungene Weltordnung, wie man sie in Deutschland buchstabiert, vollendet sich erst im Aufbau „zivilere Strukturen“, vorrangig der Schaffung einer loyalen afghanischen Polizei und Armee, um dem Ziel einer „selbsttragenden Sicherheit“ näher zu kommen. Die „Sicherheit“, die „Deutschland am Hindukusch verteidigt“, verlangt ein Regime, das auch ohne die dauerhafte Präsenz auswärtiger Truppen dafür einsteht, dass Afghanistan wunschgemäß regiert wird.

– Außerdem soll es in Afghanistan, wie ein der Regierung zur Seite springender Oppositioneller zu berichten weiß, sogar Ecken geben, in denen keine Kriegshandlungen stattfinden, weswegen – ohne „Pauschalurteil“ – nun wirklich nicht von einem Krieg gespro-

cher Untertänigkeit, dass dieser gute Wille mit gutem Regieren belohnt werden möge. Und dieser ungemütliche Haufen – das Volk – übt Dir in der Demokratie zu wenig Macht aus? Wir jedenfalls haben von ihm und seinem demokratisch-konstruktiven Zusammenwirken mit seiner Herrschaft schon ziemlich lang die Schnauze voll.

Aus GegenStandpunkt 3-09

chen werden kann:

„*Es gibt kein passendes Wort für die Situation in Afghanistan. Es ist eine Gemengelage verschiedener Konfliktsituationen: vom Guerillakrieg in einzelnen Distrikten über Schwerstkriminalität bis hin zu Boomregionen ... Das Etikett ‚Krieg‘ daranhängen hat sozusagen den Vorteil: Es klingt ehrlich. Aber als Pauschalurteil ist das auch falsch.*“ (Nachtwei, Grüne, FAZ, 25.6.)

– Die Kennzeichnung des deutschen Einsatzes als Krieg könnte sogar unerwünschte Wirkungen zeitigen:

„*Krieg würde auch betonen, dass den Taliban Kombattantenstatus zustünde. Tatsächlich aber seien sie ‚Verbrecher, Terroristen und Kriminelle‘.*“ (Ministeriumssprecher, SZ, 25.6.)

Es ist zwar nicht ganz einzusehen, welchen Vorteil sich der Kriegsgegner von einem Aufstieg zum „Kombattanten“ versprechen sollte; Amerika jedenfalls hat kein Vermittlungsproblem zwischen seiner Rede vom „war in Afghanistan“ und der Definition seiner Feinde als „Terroristen“. In Deutschland hält man die säuberliche Unterscheidung zwischen der eigenen *legitimen* Erledigung von „Verbrechern“ und deren höchst *illegitimer Gewalt* hoch. Schließlich ist man per UNO-Mandat zur Kontrolle anderer Nationen befugt. Die Bezeichnung „Krieg“ für den eigenen Einsatz könnte eine ungewollte völkerrechtliche Aufwertung der Taliban mit sich bringen und die eigene Herabstufung zu einem gleichrangigen Kriegsgegner. Derlei Unschärfen müssen vermieden werden!

– Wer denen Vorschub leistet, muss wohl selber irgendwie „Taliban“ sein, wenn er auf deutschem Boden diese unselige Namensdebatte entfesselt:

„*Krieg? Das hätten die Taliban gern ... Deshalb schüren die Taliban diese Diskussion bei uns.*“ (Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Naumann, SZ, 1.8.)

Weswegen feststeht, dass diejenigen, die von „Krieg“ in Afghanistan reden, dem Feind als ideelle Kollaborateure in die Hände arbeiten: „*Ihnen ist auch völlig egal, dass ihr Beharren auf dem Wort Krieg für die Menschen in Afghanistan noch mehr Leid und für unsere Soldaten zusätzliche Gefahr bedeuten.*“ (ebd.)

– Schließlich gebietet auch noch ein ganz ziviler Gesichtspunkt der Fürsorge für die eigenen Soldaten die Umgehung des umstrittenen Ausdrucks: Lebensversicherungen verweisen in Erwartung größerer Opferzahlen bereits aufs „Kleingedruckte“ in ihren Policen, in denen beispielsweise zwischen „passivem“ und „aktivem Kriegsrisiko“ unterschieden wird, und auf ihren Unwillen, in einem wirklichen Kriegsfall die bislang „kulant“ gehandelte Abwicklung von Schadensfällen fortzusetzen. In konsequenter Umschiffung ihres wirklichen Motivs präsentiert die Regierung an lauter Nebenfronten gute Gründe, warum das „K-Wort“ zu vermeiden ist, während sie mit überwältigender parlamentarischer Rückenbedeckung – eine Ausnahme bilden die Linken – gleichzeitig und mit aller Entschlossenheit der Truppe ihren „Kampfauftrag“ erteilt.

*

Dieser berechnenden regierungsamtlichen Zurückhaltung in der *Wortwahl* kann die Öffentlichkeit überhaupt nichts abgewinnen. Wie besessen klären Rundfunkanstalten und Presse wochenlang von morgens bis spät in die Nacht hinein darüber auf, warum der deutsche Afghanistan-Krieg schnörkellos das Attribut „Krieg“ verdient.

Bild widmet gleich am Tag nach der Verkündung der jüngsten Todesfälle die Titelseite unter dem Motto „*Schon 35 Soldaten starben für Deutschland*“ (24.6.) einer ausführlichen Kriegsberichterstattung, nach deren Lektüre an der Einsatzbereitschaft und dem Opfermut deutscher Soldaten einerseits, an der Bestialität des Feindes andererseits kein Zweifel mehr bestehen kann. Dennoch fällt die Bilanz für Bild erschreckend aus:

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

„KRIEG ODER NICHT KRIEG“ ...

Fortsetzung von Seite 3, Spalte 4 unten

„Insgesamt sind damit bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr 81 deutsche Soldaten und Bundespolizisten ums Leben gekommen. Davon 35 in Afghanistan, wo die Bundeswehr in einem Krieg ist, den noch immer kaum ein Politiker so nennen will.“

Im Namen des Volkes und der kämpfenden Truppe nimmt die Zeitung die Politiker, die den Krieg gerade angeordnet haben, in die Pflicht. Sie schulden ihren Soldaten *Anerkennung* für deren Hingabe fürs Vaterland. Und diese Anerkennung realisiert sich in erster Instanz darin, die Größe der Aufgabe, vor der die Bundeswehr steht, beim Namen zu nennen: Krieg! Nicht nur in der Politik, im ganzen Land stellt Bild einen entscheidenden Mangel fest: Es fehlt an ein bisschen mehr *Begeisterung* für unsere Helden vor Ort. Stellvertretend der Wehrbeauftragte des Bundestages:

„Ich frage mich: Wo bleibt das klare Wort der Kir-

nicht Krieg dazu sagt, „im politischen Blindflug“ (taz, 1.7.), jedenfalls nicht ernsthaft und professionell genug führen. Im Eifer des Gefechts hält der Spiegel einen Moment lang glatt den ganzen Streit um Worte selbst für schädlich:

„Für Soldaten, die in stundenlangen Gefechten um ihr Leben kämpfen, klingt diese Debatte ohnehin hohl. Sie schießen, töten, sterben. Etwas anderes als das Wort Krieg würde ihnen dazu nicht einfallen ... Die Deutschen dürfen erst schießen, wenn ihr Leben bedroht ist. Mussten sie warten, bis die Taliban sie angreifen? Oder gar auf sich aufmerksam machen, damit der Gegner angreift und das Gefecht endlich beginnen kann? Würden die Soldaten also aufgrund juristischer Bedenken der Einsatzleitung zu Zielscheiben? ... Das völkerrechtliche Mandat eröffnet einen größeren Spielraum ... Die Deutschen unterwerfen sich strengeren Regeln ... Für amerikanische und britische Truppen gehören Töten und Sterben selbstverständlich zum Einsatz in Afghanistan.“ (Spiegel) Da lassen sich erst einmal alle möglichen Gesichtspunkte ausmalen, unter denen der Er-

Diskussionsveranstaltung der SG in Nürnberg

wöchentlich dienstags um 20.00 Uhr, Desi, Brückenstraße 23,
Themen siehe: www.sozialistischegruppe.de

chen, der Gewerkschaften, der Wirtschaft? Das Bekenntnis: *Unsere Truppe steht in Afghanistan in einem schweren Kampf – und wir stehen als Bürger und Staatsbürger fest zu ihnen. Das wäre ein Zeichen menschlicher Zuwendung.*“ (Robbe im Interview mit Bild)

Der ganz normale Nationalismus des Volkes, der darin besteht, periodisch eine Regierung zu ermächtigen, ansonsten, meist unzufrieden, seinen Alltagspflichten nachzukommen und auch um einen Krieg kein weiteres Aufhebens zu machen, ist Bild einfach nicht genug. Im Krieg ist *Bekenntnis* zur Nation und ihrer kämpfenden Armee verlangt. Grußadressen und Beten für die Frontsoldaten, die sich treu und berechnungslos für Deutschland aufopfern, sind eine moralische Pflicht für jedermann in der modernen Zivilgesellschaft, mehr ideelle Anteilnahme am Krieg ein Gebot „menschlicher Zuwendung“. Bild arbeitet daran.

Auch bei der Süddeutschen hält man es für einen Skandal, dass nicht längst vom „Krieg“ gesprochen wird. Ihre Botschaft liest sie den Soldaten geradezu von den Lippen ab:

„In der Truppe wird die gestiegene Kampfbereitschaft der Bundeswehr überwiegend begrüßt, auch wenn es jetzt vermehrt Opfer geben sollte. Andererseits wünschen die Soldaten auch, dass nun allmählich in der deutschen Öffentlichkeit anerkannt wird, dass sie kein ‚bewaffnetes Technisches Hilfswerk‘ sind, wie häufig gespottet wurde, sondern dass sie sich in einem veritablen Krieg befinden.“ (SZ, 24.6.)

Weil die alten Titel, mit denen der Einsatz hierzulande jahrelang gerechtfertigt wurde, jetzt in Zweifel gezogen werden, sollen sie in der nunmehr ernsteren Lage der Truppe geradezu als ehrenrührig gelten. Krieg ist eben eine viel höhere Aufgabe, die durch die bis gestern gültige Sprachregelung einer „militärisch abgesicherten Aufbauhilfe“ heute ins Lächerliche gezogen und herabgewürdigt wird. Klar muss sein: Die Armee *führt Krieg*, ihre Kampfbereitschaft ist durch vermehrte Opfer nicht zu erschüttern, die Moral der Truppe steht also wie eine Eins. *Dafür* darf sie mit Fug und Recht die Anerkennung „der deutschen Öffentlichkeit“ beanspruchen.

Kritik an der Führung wegen ihrer Verweigerungshaltung gegenüber dem „K-Wort“ ist daher an der Tagesordnung. Anwürfen derart, sie ließe es gegenüber der Truppe an Würdigung ihrer Leistungen mangeln, will die Regierung – bei weiterer konsequenter Vermeidung des umstrittenen Terminus – nicht auf sich sitzen lassen: Den ums Leben gekommenen Bundeswehrosoldaten wird schon seit geraumer Zeit die Ehre zuteil, „gefallen“ zu sein; und als Symbol der Ehrerbietung gegenüber dem soldatischen Heldenmut im Kampf für Deutschland wird eigens ein neuer Orden spendiert.

Mit der demonstrativen Anerkennung der Leistungen ihrer Streitmacht auf dem Feld der Ehre ist die Bundesregierung allerdings noch lange nicht aus dem Schneider. Einige Stimmen versteigen sich glatt zu der Befürchtung, sie würde ihren Krieg, bloß weil sie

folg der deutschen Kriegführung leiden könnten, von der Behinderung der Kampfkraft der Truppe durch überzogene juristische Auflagen, über die falsche Auslegung des eigenen Mandats bis hin zu unangemessener Zurückhaltung beim „Töten und Sterben“, bevor nach einer Erörterung der Vor- und Nachteile eines Einsatzes von Haubitzen, schweren Panzern und Fluggerät aller Art Entwarnung gegeben werden kann:

„Am Ende könnte der bessere Schutz der Soldaten ins Gegenteil umschlagen, weil der Rückhalt in der Bevölkerung verloren geht ... Die ausländischen Truppen sollten lieber einmal darauf verzichten, Bombardements durch Kampfflugzeuge anzufordern, und sich zurückziehen, wenn Kollateralschäden drohen. Eine Strategie, mit der die Deutschen bislang gute Erfahrungen gemacht haben.“ (Spiegel)

Letztlich versteht die Bundesregierung ihr Kriegshandwerk also doch!

Damit ist für den Spiegel allerdings die Debatte um die passende Sprachregelung keineswegs beendet. In dem Bemühen, das K-Wort zu vermeiden, entdeckt er, was er gar nicht leiden kann: Feigheit vor dem Volk.

„Die deutschen Politiker, die die Soldaten nach Afghanistan schicken, tun lieber so, als wäre dies ein Polizei- und Entwicklungshilfeinsatz. Denn sie wissen, dass das Mandat in der Bevölkerung unpopulär ist. Gleichwohl sind sich alle Parteien im Bundestag, mit Ausnahme der Linken, bislang einig, Afghanistan aus dem Wahlkampf herauszuhalten.“ (Spiegel)

Dass das Volk zu mehr Einsicht ins Notwendige hinerzogen werden muss, hat auch die FAZ entdeckt:

„Die wachsende Abneigung der deutschen Bevölkerung gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan lässt sich im Kern auf einen Grund und auf eine Ursache zurückführen. Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts haben sich bei den Deutschen in einer pazifistischen – oder antimilitärischen – Grundhaltung niedergeschlagen; sie lehnen ‚Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln‘ geradezu instinktiv ab. Die militärische Intervention in Afghanistan hat nach dem Sturz der Taliban die Illusion genährt – nicht nur in Deutschland, auch in Amerika –, die Terrornester von al Kaida könnten in einem Blitzkrieg ausgeräuchert werden, und der Neuaufbau des Landes sei dann eine friedliche Aufgabe ... Unter diesen Voraussetzungen hat sich auch die Bundeswehr am Hindukusch engagiert.“ (FAZ, 4.7.)

Da müssen die Frankfurter Experten für Meinungsbildung aber einmal hart mit ihrem Volk ins Gericht gehen: Es ist vollkommen verweichlicht, hält es gar nicht gut aus, dass man ihm eine klare Kriegsansage präsentiert, ist bestenfalls für einen Blitzkrieg zu haben und prompt mies gestimmt, wenn er ein bisschen länger dauert als geplant. Mitschuld daran trägt die Regierung selbst: Bei der Halbherzigkeit, mit der sie selbst in den Krieg eingestiegen und ihn entsprechend verkauft hat, braucht man sich über kriegsuntaugliche „Grundhaltungen“ nicht zu wundern; wenn man dem Volk etwas Verkehrtes erzählt, dann reagiert es auch verkehrt. Dass aber „Deutsch-

Diskussionsveranstaltung der SHG in Erlangen:

Eine „einfache“ Antwort auf die Frage: Warum sind viele Menschen in den „Entwicklungsländern“ so arm?

Fachleute aus allen Weltteilen sind sich einig: Eine einfache Antwort gebe es auf diese Frage nicht; verschiedene soziale, politische und ökonomische Faktoren seien dafür verantwortlich, zum Beispiel:

- **Überbevölkerung:** Zwar vertritt heutzutage kein Experte mehr den Blödsinn, dass das Elend in der Dritten Welt daran liegt, dass es dort zu viele Menschen im Verhältnis zu den verfügbaren Nahrungsmitteln gibt. Vielmehr sind sich moderne Überbevölkerungstheoretiker mit der OECD einig, dass auf der Welt im Prinzip für alle ausreichend Nahrungsmittel produziert werden und das Problem der Armen darin bestehe, dass sie „nicht ausreichend Zugang dazu“ hätten. Das wiederum läge daran, dass für sie nicht genügend Verdienstmöglichkeiten vorhanden seien, dass also die Massen von armen Leuten in der Dritten Welt für das knappe Angebot an Arbeitsplätzen zu viele seien. Damit ist jedenfalls eines klargestellt: Dafür, dass die Leute an das rankommen, was sie brauchen, und was produziert wurde, werden Arbeitsplätze nicht eingerichtet; sonst wären ja immer genügend da. Von daher erscheint es fragwürdig, das Problem der armen Leute in einem *Mangel* an Arbeitsplätzen zu sehen; vielleicht ist ihr Problem ja mehr das, *wofür* und *unter welchen Bedingungen* Arbeit dort (wie auch hier) stattfindet. Es ist doch sehr die Frage, ob man den „Besitz“ eines Arbeitsplatzes in einer süd-afrikanischen Mine oder einer indischen Textilfabrik als Glück ansehen sollte.

- **Welthandelsstrukturen:** Eine weitere Ursache für das Elend in der Dritten Welt sollen „ungerechte“ Konditionen des Welthandels sein: Während die „Industrieländer“ ihre Märkte abschotten und Exporte ihrer Agrarwirtschaft massiv subventionieren, drängen sie die Entwicklungsländer dazu, ihre Märkte zu öffnen und Unterstützungsleistungen für die einheimische Landwirtschaft einzustellen. Das führe dazu, dass den Kleinbauern der Dritten Welt Verdienstegelegenheiten genommen werden. Dass diese durch europäische oder amerikanische Lebensmittelkonzerne von lokalen Märkten verdrängt werden, ist nicht zu bestreiten. Fraglich ist es jedoch, was ein Kleinbauer davon hat, wenn auf dem Weltagrarmarkt gleiche Bedingungen für alle herrschen würden. Sicherlich wäre das viel gerechter, aber wäre es wirklich so viel nahrhafter, wenn der Kleinbauer statt von ausländischen von einheimischen Lebensmittelkonzernen niederkonkurriert wird und so um seine – kärgliche – Subsistenz gebracht wird?

Vielleicht ist es überhaupt verkehrt, sich angesichts verheerender Wirkungen des (Welt-)Markts auf die Lebenslage von Milliarden Menschen gleich zu überlegen, wie diesen das Geldverdienen ermöglicht werden könnte. Vielleicht besteht ja ihr ganzes Problem darin, dass sie *Geld verdienen müssen*, um zu überleben. Und vielleicht liegt darin der Schlüssel für eine ganz „einfache“ Antwort darauf, warum so viele Menschen auf der Welt in Armut leben. Näheres dazu gibt es – neben einer Kritik an weiteren von Fachleuten angeführten Faktoren für die Armut in der Dritten Welt wie Korruption, die hohe Verschuldung oder die Entwicklungshilfe der „Industriestaaten“ – auf unserem öffentlichen Diskussionstermin am:

Mittwoch, 28. Oktober 2009, 20.00 Uhr s.t.

Turnstraße 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen

lands Sicherheit weiterhin am Hindukusch verteidigt werden“ muss (a.a.O.), steht fest. Also ist das Volk entsprechend darauf einzustimmen.

Wie man das macht, weiß auch die Süddeutsche Zeitung:

„Nur wenn die Regierung ihre Afghanistan-Politik offensiver vertritt, bleibt sie unangreifbar ... Die neue Aggressivität der Taliban ist seit Monaten zu beobachten. Doch der Bundesregierung fehlte der Mut, ihre Afghanistan-Politik trotz aller Wahlkampf-Gefahren offensiver zu vertreten. Nun bleibt ihr nicht viel anderes übrig als die Flucht nach vorne. Dies ist manchmal die letzte, sinnvolle militärische Bewegung.“ (SZ, 6.7.)

In Kriegsfragen ist nicht Verdrücktheit, sondern Ehrlichkeit geboten. Das Volk ist näm-

lich an und für sich vernünftig und für die Großtaten der Nation zu gewinnen, wenn man ihm nur reinen Wein einschenkt, ihm den Krieg, dessen Risiken und Erfolgsperspektiven offen erläutert, ein wenig Feindbildpflege betreibt und es darauf vorbereitet, dass vor der Wahl mit Terrorangriffen zu rechnen ist. Dann ist wenigstens die Regierung „unangreifbar“ und der Wahlkampf für die Führung und ihre Militärmission keine „Gefahr“ mehr. Wer seinen Krieg daheim so „offensiv vertritt“, der kann dann auch die Offensive gegen die Feinde der Freiheit am Hindukusch munter in Angriff nehmen.

Nachdruck aus *GegenStandpunkt* 3-09

GEGENSTANDPUNKT 3-09

Politische Vierteljahrszeitschrift

Obamas „Change“ in der Weltpolitik

*

Anmerkungen zur Krise '09**Lehren aus zwei Jahren Weltwirtschaftskrise**

*

Das Lebenswerk des Jürgen Habermas: Fundamentalkritische Affirmation von Gott und der Welt

*

Chronik – Kein Kommentar!

ISSN 0941-5831 · € 15.– Ab sofort im Buchhandel erhältlich:

Edelmann, Fürther Freiheit 2A, 90762 Fürth * Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen

Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg
Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg * Rüssel, Frankenzentrum,
Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg

Oder per Bestellung direkt beim GegenStandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München. Tel (089) 272 16 04 · Fax (089) 272 16 05
gegenstandpunkt@t-online.de / www.gegenstandpunkt.com